



LGBTQIA+ Rechte

Sexuelle Beziehungen außerhalb einer Ehe zwischen Mann und Frau werden in Afghanistan schon länger mit Gefängnisstrafen geahndet. In ihrem persönlichen Umfeld erleben viele Angehörige der LGBTQIA+-Community Gewalt aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer sexuellen Orientierung Schikane und Diskriminierung. Mit der Machtübernahme der Taliban wird dies weiter normalisiert, außerdem können homosexuelle Handlungen nun auch mit dem Tod bestraft werden. Die Lage verschlechtert sich zunehmend.



Presse- und Meinungsfreiheit

Die Arbeit afghanischer Medien ist unter der Herrschaft der Taliban deutlich eingeschränkt: Künstlerische und mediale Aktivitäten unterliegen strengen Regeln, um der Auslegung der Scharia der Taliban zu genügen. Journalist*innen erfahren immer wieder Gewalt und werden inhaftiert, fast alle unabhängigen Medien außerhalb Kabuls haben ihre Arbeit eingestellt.

Auch die allgemeine Bevölkerung kann wegen Kritik am Talibanregime inhaftiert werden. Betroffene werden von ihrem Umfeld gemeldet oder von den Taliban auf Basis von Social Media Posts gefunden. Öffentliche Proteste werden unterdrückt.



Die traditionelle Flagge Afghanistans besteht aus drei gleich breiten Streifen in der Reihenfolge schwarz, rot und grün. Um einen Regierungsanspruch zu zeigen, wurde jeweils das Wappen Afghanistans in die Flagge gesetzt; im traditionellen Wappen ist es eine Moschee mit Kanzel und Gebetsnische.



Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0

E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de



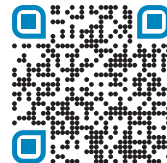
@bedrohteVoelker



@bedrohteVoelker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



Geprüft + Empfohlen!

Länderportrait Afghanistan



Stand: Juni 2023, Produktion: Elena Dellmuth, Text: Lisa Rabba, Layout: Tanja Wiczorek



Gesellschaft für bedrohte Völker

Länderportrait Afghanistan

Hauptstadt: Kabul

Fläche: 652.230 km²

Bevölkerungszahl: ca. 40 Mio.

Amtssprachen: Dari und Paschto

Staatsreligion: Islam

Afghanistan bildet geografisch und kulturell die Schnittstelle zwischen dem Iran, Zentralasien und dem indischen Subkontinent, woraus sich ein beachtlicher ethnischer und kultureller Reichtum ergibt. Die größten ethnischen Gruppen sind Paschtun*innen, Tadschik*innen, Usbek*innen und Hazara. Fast die gesamte Bevölkerung ist muslimisch, wobei es eine sunnitische Mehrheit und eine schiitische Minderheit gibt.

Die Geschichte des Landes ist von den Auswirkungen internationaler Konflikte und Bürgerkriegen geprägt. 2021 endete ein etwa 20 Jahre andauernder Militäreinsatz der USA und der NATO in dem Land, der die islamistischen Taliban bekämpfen und eine liberale Demokratie etablieren sollte. Seitdem wird Afghanistan wieder von den Taliban regiert, die den Staat zu einem islamischen Emirat umformen. Die Taliban schränken die Grundrechte weiter Teile der Bevölkerung stark ein. Gleichzeitig ist die Armut deutlich gewachsen und die Taliban schränken die Grundrechte der Bevölkerung stark ein. Basis dafür ist ihre Auslegung der Scharia, also die aus einer islamischen Perspektive von Gott gesetzte Ordnung.

Menschenrechte-Check:



Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten

Schon seit über hundert Jahren gibt es in Afghanistan die Tendenz, dass die Paschtun*innen stärker repräsentiert sind in Herrschaftsstrukturen und dass andere Ethnien dem gegenüber diskriminiert werden. Dies hat auch eine religiöse Dimension, da die Paschtun*innen mehrheitlich sunnitisch sind, während schiitische Muslim*innen marginalisiert werden. Auch die Taliban sind mehrheitlich paschtunisch und praktizieren sunnitischen Islam. Daher erfahren momentan insbesondere schiitische Hazara, aber auch Tadschik*innen und Usbek*innen Diskriminierung und Gewalt. Die Hazara haben mit ethnischen Säuberungen, Landraub, unfairen Steuern, Vertreibung aus ihren Häusern und Plünderungen zu kämpfen. Sie sind ständiger Verfolgung ausgesetzt und ihre Schulen, Moscheen, Krankenhäuser und kulturellen Einrichtungen werden regelmäßig durch Bomben- und Selbstmordattentäter angegriffen. Die Machtergreifung der Taliban im Jahr 2021 hat die Situation der Hazara in Afghanistan dramatisch verschlimmert und die Gewalt nimmt immer mehr zu. Es kommt zu systematischen Hinrichtungen, Anschlägen auf Stadtteile oder Gebiete, wo überwiegend Hazara leben und sexualisierte Gewalt gegenüber Hazara-Frauen.



Politische Rechte

Die Taliban haben bei ihrer Machtübernahme die demokratisch gewählte Regierung abgesetzt und durch ihre eigene ersetzt. Entscheidungsprozesse sind seitdem intransparent und werden nicht mehr durch andere staatliche Gewalten kontrolliert. Demokratische Wahlen in der Zukunft sind nicht in Aussicht. Vorher bestehende Parteien haben ihre Arbeit eingestellt und eine politische Opposition wird von den Taliban nicht toleriert. Auf diese Weise haben Nicht-Mitglieder der Taliban seit ihrer Machtübernahme im August 2021 keine Möglichkeiten mehr, politisch teilzuhaben.



Frauenrechte

Obwohl Frauen auch in der bis 2021 andauernden demokratischen Phase in ihren Rechten eingeschränkt waren, gab es wichtige Verbesserungen, die nun in Gefahr sind: Beispielsweise gab es Frauen in politischen Ämtern und der Anteil an Mädchen, die zur Schule gehen, hatte sich deutlich erhöht. Unter den Taliban dürfen Mädchen keine weiterführenden Schulen mehr besuchen und viele Frauen ihre Arbeit nicht mehr ausüben, insbesondere, wenn sie für die Regierung, im Bildungssektor oder in den Medien gearbeitet hatten. Darüber hinaus haben die Taliban Frauenhäuser als wichtige Schutzorte geschlossen, strenge Kleidungs Vorschriften erlassen und die Reisefreiheit von unbegleiteten Frauen eingeschränkt. Die Diskriminierung hat einen intersektionellen Charakter. Besonders Hazara-Frauen sind der Unterdrückung und Gewalt ausgesetzt.